



## Thomas Becker



Foto: privat

*Nach Erscheinen der letzten pax zeit bot Caritas-Präsident Peter Neber als pax christi-Mitglied eine Replik der Caritas auf den Artikel von Thomas Wagner „HARTZ IV und pax christi“ an, wozu wir gerne Ja gesagt haben. (Die Red.)*

# Anwaltschaftlichkeit ist mehr als Politik

**D**ie Zusatzjobs haben keinen guten Ruf. Als „1-Euro-Jobs“ verbrämt, entsteht der Eindruck, in Deutschland würde für einen Euro in der Stunde Zwangsarbeit verordnet. Und wenn sich dann auch noch die Caritas beteiligt, dann wird die Gefahr heraufbeschworen, dass ihre anwaltschaftliche Funktion in den Hintergrund gedrängt werde. So wurde auch in der letzten pax zeit argumentiert. Der Autor des Beitrags, Thomas Wagner, hat zu diesem Thema übrigens ein sehr lesenswertes und differenziertes Buch „Draußen – Leben mit Hartz IV“ geschrieben (ISBN 978-3-7841-1822-2).

Nun, was denkt sich die Caritas dabei, Zusatzjobs anzubieten oder wie es im Gesetz heißt: „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“ (da ist er also, der „1-Euro“)? Vor der Einführung von Hartz IV (besser des Sozialgesetzbuches II) im Sommer des Jahres 2004 stand der Deutsche Caritasverband vor

der Frage, ob er mitmacht, und hat sich unter folgenden Bedingungen dafür entschieden: Mit den Arbeitsgelegenheiten dürfen keine regulären Arbeitsplätze verdrängt werden, die Zusatzjobber sollen während der Zeit in den Einrichtungen qualifiziert werden und es sollten vorrangig gering Qualifizierte aufgenommen werden.

Bei Jugendlichen soll das Prinzip „Ausbildung vor Arbeitsgelegenheit“ gelten. Diese Kriterien hat sich die Caritas selbst auferlegt. Der Deutsche Caritasverband leistet damit einen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration von Langzeitarbeitslosen.

### Zusatzjobs können auch helfen

Anwaltschaftlichkeit ist also aus der Sicht der Caritas nicht nur Lobbyarbeit für bessere politische Rahmenbedingungen, sondern auch praktische Unterstützung von Hilfesuchenden in den Einrichtungen der Caritas und ihre persönliche Förderung. Das wird oft vergessen. Die Caritas als Anbieter von Diensten und Einrichtungen im Sozial- und Gesundheitsbereich muss immer auch sich selbst in die Pflicht nehmen und selbst so handeln, wie sie es auch in der politischen Arbeit von anderen fordert.

Was ist nun nach mehr als drei Jahren aus den Zusatzjobs geworden? Eine Untersuchung aus dem letzten Jahr ergab: In etwas mehr als einem Jahr haben rund 150.000 Menschen in einer Arbeitsgelegenheit der Caritas gearbeitet. 20 Prozent von ihnen konnten in den ersten Arbeitsmarkt oder eine Ausbildung vermittelt werden. Bei Zusatzjobbern in den 175 Caritas-Beschäftigungsgesellschaften lag die Erfolgsquote bei 26 Prozent. Bei knapp 90 Prozent lag keine Verdrängung regulärer Beschäftigung vor. Immerhin in mehr als 40 Prozent der

Einrichtungen wacht die Mitarbeitervertretung darüber, dass dies nicht geschieht. Drei Viertel der Zusatzjobber haben keinerlei Abschluss oder nur einen Hauptschulabschluss. Damit werden die gering Qualifizierten erreicht. Sie werden in 80 Prozent der Fälle bei den Beschäftigungsgesellschaften und in 54 Prozent bei den regulären Diensten und Einrichtungen der Caritas eigens qualifiziert. Diese Zahlen sind zwar nicht schlecht, aber vor allem bei der Qualifizierung muss die Caritas noch besser werden. Auch der Anteil der Einrichtungen, die Mitarbeitervertretungen einbeziehen, um die Zusätzlichkeit der Arbeit von Zusatzjobbern zu garantieren, ist noch nicht ausreichend.

### Weiter einmischen

Es gibt also noch viel zu tun. Was die Caritas allerdings nicht tut, ist: sich raushalten. Bei allen Gesetzesvorhaben, gerade auch den Arbeitsmarktgesetzen, hat sie sich im Gesetzgebungsverfahren massiv eingeschaltet. In einem eigenen Sozialmonitoring mit der Bundesregierung drängt sie auf die Verbesserung der Situation von Arbeitslosen, hier vor allem bei den Fragen des Existenzminimums im Arbeitslosengeld II. Wenn es dann darum geht, in der Umsetzung der Gesetze Langzeitarbeitslosen eine Chance zu geben, will die Caritas Verantwortung übernehmen. Sie muss zeigen, wie Chancen eröffnet werden können, und zwar praktisch in den eigenen Diensten und Einrichtungen. Das nennen wir praktische Anwaltsfunktion. ■

Dr. Thomas Becker ist Abteilungsleiter Sozialpolitik und Publizistik im Deutschen Caritasverband.



Kirchliche Institutionen sind in der Pflicht, soziale Verantwortung zu übernehmen.  
Foto: Aktion Weltfriedensgebet pax christi Aachen